FGZ-Analyse
März 2026

Klima der Desinformation: die Ablehnung der sozial-ökologischen Transformation im Bundestagswahlkampf 2025

Janine Patz
Heleen Matton
Stephan Kaspar

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Keywords: Klima, Desinformation, sozial-ökologische Transformation, Bundestagswahlkampf 2025

Autor:innen:
Janine Patz, Heleen Matton und Stephan Kaspar

Empfohlene Zitierweise:
Patz, Janine, Heleen Matton und Stephan Kaspar. 2026. Klima der Desinformation: die Ablehnung der sozial-ökologischen Transformation. Jena: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

DOI: https://doi.org/10.83025/w63p-vt03

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)

Standort Jena
c/o Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Tatzendpromenade 2A
07745 Jena

www.fgz-risc.de

Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen des BMFTR geförderten Arbeitspakets „Ökologische Transformation und antidemokratische Krisenmobilisierung“ (A_07)

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt

Veröffentlicht unter der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 – Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, keine Bearbeitungen 4.0 International. Den genauen Wortlaut der CC-Lizenz BY-NC-ND 4.0 finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de

Klima der Desinformation: die Ablehnung der sozial-ökologischen Transformation im Bundestagswahlkampf 2025

Abstract:

Die qualitative Untersuchung beschäftigt sich mit den klimaschutzablehnenden Narrativen der Protestmobilisierung und ihrem Einfluss auf den Bundestagswahlkampf 2025. Die Autor:innen folgten der Annahme, dass politische Entscheidungen nicht nur Protestanlässe bieten können, sondern Mobilisierungsdynamiken ebenso Einfluss auf die politische Agenda nehmen. Mit dem Programm Meltwater wurde nach den desinformativen, populistischen und klimaschutzablehnenden Krisennarrativen gesucht, wie sie unter dem Hashtag „Heißer Herbst“, während der „Bauernproteste“ oder bei Protesten gegen erneuerbare Energien verbreitet wurden. Der Fokus lag auf den letzten 14 Tage des Bundestagswahlkampfes 2025. Aus den Online-Inhalten von Webseiten und sozialen Medien wurden jene ausgewählt und qualitativ analysiert, die von Parteien bzw. Politiker:innen stammen. Mit einer qualitativen Analyse bieten die Autor:innen eine Kategorisierung der desinformativen Narrative. Sie unterscheiden nicht nur zwischen der Infragestellung der Klimaproblematik (klimaregressiv) und gezielten Denunzierungen von politischen Maßnahmen (klimaschutzregressiv), sondern differenzieren auch in der Wirkungsabsicht der Narrative. Die Auswertung verdeutlicht eine parteiübergreifende Verbreitung desinformativer populistischer Inhalte in der Hochphase des Bundestagwahlkampfes 2025. Bereits damals zeichnete sich eine Neuausrichtung des politischen Kurses ab. Die Klimapolitik der bis dato amtierenden Regierung wurde als „ideologisch“ und „verlustreich“ für Wirtschaft, Wohlstand, Freiheit geframt, einzelne konkrete Klimaschutzmaßnahmen infrage gestellt und Rücknahmen angekündigt. Unter den Schlagworten „Technologieoffenheit und Pragmatismus“ wurde sowohl ein Festhalten an fossilen Techniken als auch eine Verlagerung auf zukünftige, bisher nicht massentaugliche Lösungen gerechtfertigt. Statt auf konkrete Veränderungsprozesse zur deutlichen Minimierung des CO2-Ausstoßes wurde in der Kommunikation auf den Emissionshandel gesetzt. Als verbindendes Element zwischen klimaregressiven und klimaschutzregressiven „Argumentationen“ diente das Feindbild grüner Politik.

Zu den Autor:innen:

Janine Patz studierte Politikwissenschaft, Psychologie und Erziehungswissenschaft in Jena und ist seit 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am IDZ und seit 2022 am FGZ-Standort Jena. Sie forscht aktuell zu antidemokratischer Krisenmobilisierung im Kontext der sozial-ökologischen Transformation.

Heleen Matton studierte Politikwissenschaft in Leipzig, Halle und Cluj-Napoca. Seit November 2025 ist sie Doktorandin am Institut für Sozialwissenschaften der HU Berlin. Von 2024 bis 2025 war sie am FGZ-Standort Jena tätig.

Stephan Kaspar studiert im Master Soziologie an der FSU Jena. Seit 2025 ist er studentischer Mitarbeiter im Arbeitspaket „Ökologische Transformation und antidemokratische Krisenmobilisierung“ am FGZ-Standort Jena.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 6

2. Das Klima der Straße: Die Narrative klimaschutzablehnender Protestmobilisierung 8

3. Methodisches Vorgehen 10

4. Ergebnisse 13

4.1 Klimaregression: Leugnung einer menschgemachten Klimakrise 13

4.2 Klimaschutzregression: Ablehnung von Maßnahmen und Bremsen der Transformation 15

4.2.1 Der Ideologie-Vorwurf 15

4.2.2 Nichts als Verbote und Verlust? 16

4.2.3 Von „Habeckonomics“ bis „Planwirtschaft“ 16

4.2.3.1 Verlust der Energiesicherheit 17

4.2.3.2 Zerstörung von Natur und Landschaft 18

4.2.4 Scheindebatte Klimaschutz: technologieoffen, pragmatisch, später 19

4.3 Grüne als Feindbild 20

4.4 Die Abkehr von Klimaschutzzielen: Konkrete Rollbacks 22

5. Fazit 26

Literaturverzeichnis 28



1. Einleitung

Am 22. Februar 2025, bei der Wahlkampfabschlussveranstaltung einen Tag vor der vorgezogenen Bundestagswahl, versprach der damalige CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz den Wähler:innen, sie „können sich darauf verlassen, dass […] wir wieder Politik für Deutschland machen [...] und nicht für irgendwelche grünen und linken Spinner auf dieser Welt“ (Merz, 2025, 42:22).

Dieser Auftritt markierte das Ende eines polarisierenden, teils desinformativen[1] Wahlkampfes. Markierte die Gegnerschaft zu grüner Politik vor wenigen Jahren noch vorrangig die AfD, ist sie mittlerweile gesamtgesellschaftlich und milieuübergreifend deutungsmächtig (Dake, 2024). Dies ist Ausdruck einer wachsenden Ablehnung unliebsamer Maßnahmen zum Klimaschutz und weitreichender sozialökologischer Transformationsprozesse. Flankiert wird diese Entwicklung durch die zunehmende Verbreitung populistischer Narrative[2],

die Kriminalisierung des ökologischen Aktivismus und Angriffe auf klimaschutzprogressive Kräfte. Betroffen sind Akteur:innen aus Politik und Zivilgesellschaft – insbesondere Protestbewegungen. Verächtliches Vokabular und Desinformationen sind in die öffentliche Kommunikation und politische Rhetorik eingesickert und tragen zur Zuspitzung und Aufheizung des gesellschaftlichen Diskurses bei. Die Auswirkungen sind auf Einstellungs- und Handlungsebene gleichermaßen spürbar. Einerseits sinkt die Problemwahrnehmung bezüglich des Klimawandels (Frick et al., 2025). Andererseits sind eine Abwehr der Veränderungsnotwendigkeit und ein Rückgang der Unterstützung klimapolitischer Maßnahmen beobachtbar (Reusswig & Küpper, 2023). Nicht nur in Deutschland äußert sich das in Wahlergebnissen von Parteien, die in ihren Programmen Klimaschutzpolitik oder gar den Klimawandel infrage stellen. Darüber hinaus hat eine kontinuierliche Krisenmobilisierung in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass nicht nur antidemokratische, verschwörungsideologische und extrem rechte, sondern auch klimaschutzregressive Narrative gesellschaftliche Verbreitung und Normalisierung erfahren (Teune, 2022).

Dabei boten nicht nur politische Entscheidungen Anlass für Proteste, sondern die Mobilisierungsdynamiken beeinflussten ebenso die politische Agenda. Deutlich wird das, wenn wir Klimaproteste und die sogenannten „Bauernproteste“ gegenüberstellen. Beide Protestbewegungen setzten in der Vergangenheit auf die Strategien der Großdemonstrationen und massenhaften Verkehrsblockaden. Die Klimaproteste forderten sehr konkrete klimaschutzpolitische Maßnahmen ein und drängten auf die Einhaltung bereits geschlossener Abkommen. Dafür griffen Teile der Bewegung auf Formen zivilen Ungehorsams und vandalistische Farbaktionen zurück. Die sogenannten „Bauernproteste“ wehrten sich gegen klimaschutzrelevante Neuerungen und fielen teilweise durch demokratiefeindliche Umsturzfantasien, menschenverachtende Inhalte und Bedrohungen von Politiker:innen auf (Pawelz, 2024).

Die Bewertung im gesellschaftlichen Diskurs und die Reaktion der Politik waren sehr unterschiedlich: Während Teile der Klimaproteste Denunzierungen, Extremismusvorwürfe und staatliche Repression erfuhren, erhielten die sogenannten „Bauernproteste“ vergleichsweise viel Verständnis, Solidarität und politische Zugeständnisse (Brendel, 2024). Bei den Protesten gegen die Streichung der Subventionierung des Agradiesels, ist ausgerechnet jenes, steuergeldfinanzierte und umweltschädliche Privileg verfahren wurden. Die Regierung nahm die geplante Streichung dennoch zurück.

---

1 Unter Desinformation verstehen wir die gezielte Verbreitung falscher, ungenauer oder irreführender Informationen, um Personen und Gruppen zu täuschen, zu schaden oder die öffentliche Meinung zu beeinflussen für die Erreichung politischer Ziele, zur Schwächung des Vertrauens oder um wirtschaftlichen Gewinn zu erzielen. Dazu zählen das Beeinflussen von Wahlen, das Schüren von Ängsten, das Spalten der Gesellschaft, die Schwächung von Institutionen oder politische und wirtschaftliche Machtgewinne.

2 Abgeleitet von Populismus als Kommunikationsstrategie verstehen wir populistische Narrative in Anlehnung an (Müller & Precht, 2019) als grundlegende erzählerische Deutungsmuster. Sie vereinfachen die politische Wirklichkeit stark, laden Identität, Bedrohung und Lösung emotional auf und schaffen durch ein Freund-Feind-Schema Zugehörigkeit („Wir“ = „Volk“) und Abgrenzung („die Anderen“ = „die Elite“/„Die Fremden“).



Unserer These nach nehmen Protestbewegungen nicht nur auf Diskurse und Wahlverhalten Einfluss, sondern auch auf parteipolitische Programmatik und den Wahlkampf selbst. Die Bundestagswahl 2021 wurde im gesellschaftlichem Diskurs als „Klimawahl“[3] und die Dringlichkeit der Klimakrise in der medialen Öffentlichkeit stark thematisiert. Politische Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung nahmen dementsprechend auch im Wahlkampf eine relevante Stellung ein (Riebe & Marquardt, 2022). Im Bundestagswahlkampf 2025 erhielt das Thema – trotz fortschreitender Klimawandelfolgen und erhöhten Transformationsdruck – weniger Beachtung (Neligan & Diermeier, 2025). Unserer Annahme nach wurden Klimaschutz und konkrete politische Maßnahmen wesentlich kritischer bzw. ablehnender verhandelt und die Themensetzung im Wahlkampf durch die gesellschaftspolitischen Dynamiken beeinflusst.

Diese Untersuchung widmet sich den klimaschutzablehnenden Narrativen aus der jahrelangen Krisenmobilisierung und ihrer Bedeutung im Bundestagswahlkampf 2025. Es wurde untersucht, inwieweit Parteien und Politiker:innen entsprechende Inhalte transportiert haben. In der qualitativen Analyse wurden Inhalte ausgewertet, die Parteien und ihren Vertreter:innen auf Webseiten und in den sozialen Medien in der Hochphase des Wahlkampfes 2025 verbreiteten. Der Fokus lag hierbei auf spezifischen desinformativen, antidemokratischen und klimaschutzablehnenden Krisennarrativen. Diese Narrative wurden u. a. im Kontext der Energiekrise, der sogenannten „Bauernproteste“ oder der Mobilisierung gegen erneuerbare Energien verbreitet. Im Rahmen dieser Protestdynamiken wurden Klimaschutz und die Energiewende als „grüne Politik“ zunehmend feindlich markiert (Fröhlich et al., 2023).

3 https://klimawahl2021.net/.

2. Das Klima der Straße: Die Narrative klimaschutzablehnender Protestmobilisierung

Die Themensetzung bei Bundestagswahlen ist unserer Annahme nach nicht nur von gesellschaftspolitischen Diskursen geprägt, sondern maßgeblich auch von großen Protestbewegungen beeinflusst. Die Bundestagswahl 2021 stand unter dem Einfluss der globalen Klimaschutzbewegung. Die großen Mobilisierungserfolge seit 2018 (Maurin, 2023) wirkten sich auf öffentliche Debatten und das Wahlverhalten aus (Andres et al., 2022). So wurde die Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN 2019 in Deutschland zweitstärkste Kraft bei der EU-Wahl in Deutschland und erreichte 2021 ihr bis dato bestes Bundestagswahlergebnis. Als Koalitionspartnerin trat sie folglich in Regierungsverantwortung. Mit der steigenden Relevanz des Themas und der daraus folgenden Gestaltungsmacht für sozialökologische Transformationsmaßnahmen nahm auch die Gegenwehr klimaschutzablehnender Kräfte zu. Dies zeigt sich an folgenden, sich gegenseitig bedingenden Faktoren:

Erstens: Eine kontinuierliche antidemokratische Protestmobilisierung verknüpft die gesellschaftlichen Krisen bewusst miteinander: Anti-Asyl, Corona, Krieg, Energie, Klima (Bals, 2021). Dabei werden staatlichen Institutionen und politischen Verantwortungstragenden „volksschädigende“ Motivationen für ihr Handeln unterstellt. Die jahrelange Mobilisierung hat deutliche Spuren in der politischen Kultur, im gesellschaftlichen Zusammenhalt und im Vertrauen in Institution hinterlassen. Entlang dieser Konflikte findet nicht nur eine gesellschaftliche Polarisierung statt, sondern auch eine Normalisierung antidemokratischer, extrem rechter Narrative (Richter et al., 2022).

Zweitens: Das Erstarken antidemokratischer, nationalistischer Parteien, die im Kern ihrer Ideologie globale Verantwortung und Lösungen ablehnen, nimmt Einfluss auf die Klima-Diskurse. Die Klimakrise ist verknüpft mit den großen demokratischen und menschenrechtlichen Herausforderungen: Ungleichheit, Ungleichwertigkeit, Flucht, Asyl, Gerechtigkeit. Mit der Verschiebung der Diskurse folgt eine Politik der Abschottung und Ausgrenzung. Dabei rücken die Verteidigung von Privilegien, die Rechtfertigung ungleicher Machtverteilung und einer Verhinderung der Transformation in den Fokus (Richter et al., 2024).

Diese Dynamik drückt sich besonders deutlich im Feindbild „grüner Politik“ aus, dass in den letzten Jahren erhöhte Verbreitung erfuhr und Teil eines gesellschaftlichen Mainstreamdiskurses geworden ist. Die AfD erklärte früh ihre explizite Gegnerschaft zur Partei Bündnis 90/Die Grünen und ernannte die Klimapolitik zu eines ihrer zentralen Agitationsfelder (Spiegel, 2019). Der AfD zufolge ist die Partei hauptverantwortlich für sämtliche



Krisen der vergangenen Jahre, inklusive des Kriegs in der Ukraine (Klinker et al., 2022). Die Dämonisierung „linksgrüner Ideologie" im Rahmen eines extrem rechten Kulturkampfes resultierte in regelrechten Hasstiraden gegen grüne Politiker:innen und gegen Aktivist:innen der Klimagerechtigkeitsbewegung (Richter et al., 2022).

Neben der AfD gewannen außerparlamentarische extrem rechte Kräfte im Rahmen der Krisenproteste an Bedeutung. Trotz der sich wandelnden Mobilisierungsanlässe ließ sich eine hohe personelle und ideologische Kontinuität beobachten. Akteur:innen und Strategien der Anti-Asyl-Proteste seit 2015 spielten nicht nur bei Demonstrationen in der Corona-Pandemie ab 2020, sondern auch im Kontext der Energiekrise ab 2022 eine Rolle. Die verbreiteten verschwörungsideologischen und antidemokratischen Narrative wiesen zudem beachtliche Parallelen auf, wie die Erzählungen drohender „Corona-Diktatur" und „Klima- Diktatur" zeigen (Salheiser et al., 2022; Richter et al., 2022). In der Protestmobilisierung wurden die Energieengpässe weniger auf Russlands Angriff oder die anhaltende Abhängigkeit Deutschlands von fossilen Energien zurückgeführt. Paradoxerweise wurden stattdessen die klimaschutzrelevante Energiewende und die Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN dafür verantwortlich gemacht (Klinker et al., 2022).

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen bereits seit Längerem, dass die Energiewende ein enormes Mobilisierungspotenzial birgt – jenseits des demokratiefeindlichen Spektrums (Teune et al., 2021). Besonders stark fällt die Ablehnung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien aus, vor allem gegen die Errichtung von Windrädern. Auswertungen der Online-Kommunikation über Windkraft im Frühjahr 2022 benannten das Feindbild „grüner Politik" zum zentralen und anschlussfähigen Brückennarrativ (Patz et al., 2024). Klimaschutzpolitische Maßnahmen wurden für die vermeintliche Verarmung der Bevölkerung durch Energieknappheit und die absichtliche Zerstörung der national verstandenen Heimat und Wirtschaft verantwortlich gezeichnet (ebd.). Es wurde eine Schädigung durch Lärm, Umweltzerstörung und Verbote unterstellt. Die Autor:innen der Untersuchung warnten vor der Möglichkeit milieuübergreifender antidemokratischer Protestbewegungen im Kontext des steigenden Transformationsdruckes. Nur wenige Monate später wurden diese Narrative unter dem Aufruf „Heißer Herbst" vielerorts öffentlich zu Schau getragen (ebd., S. 95). Eine Befragung von Teilnehmenden der wöchentlich stattfindenden Proteste im Winter 2022/2023 in Gera und Chemnitz bestätigte die starke Abwertung „grüner Politik" und klimaschutzrelevanter Maßnahmen (Fröhlich et al., 2023). Bezeichnet wurden Politiker:innen als „Verräter", „Verbrecherpack, das in Berlin gerade regiert" und „alles vorschreiben möchte" (ebd., S. 17). Befragte gaben etwa an: „Deutschland wird abgewirtschaftet" oder „entwickelt sich zu einem Dritten-Welt-Land, zu einer Bananenrepublik" (ebd., S. 21). So könne beispielsweise „mit einem rein grünen Stromangebot durch Windkraft und den Sanktionen gegen Russland kein Industriestandort aufrechterhalten werden" (ebd., S. 21). Neben dem Absprechen jeglicher Kompetenz und dem Unterstellen böswilliger volksschädigender und industriezerschlagender Absichten wurde vor allen gegen die Energiepolitik und die Erneuerbaren gewettert (ebd.). Auch die Autor:innen dieser Studie verweisen darauf, dass mit der Zuschreibung „Die Grünen" ein klimaschutzprogressives Milieu gemeint ist, das über die Partei hinausgeht. Es verkörpere das zentrale Feindbild im Inneren, von welchen eine vermeintliche Gefahr für die deutsche Wirtschaft ausgehe (ebd.). Klimaschutz und entsprechende politische Maßnahmen sind zum heimatzerstörenden Ideologieprojekt degradiert worden. Eine Studie zur Situation der Landwirtschaft und zu den sogenannten „Bauernprotesten" von 2023/24 wies bei den Demonstrierenden eine starke Ablehnung gegenüber Umweltschutz-bzw. Klimaschutzmaßnahmen nach (Franz et al., 2024). Über 90 Prozent der Protestteilnehmenden empfanden den Erlass entsprechender Vorschriften für die Landwirtschaft als ärgerlich. 83 Prozent waren der Meinung, Umweltorganisationen würden zu viel politischen Einfluss ausüben (ebd., S. 6).

Untersuchungen bestätigen, dass sich das Feindbild „grüner Politik" besonders im heterogenen rechtspopulistischen Protestmilieu zu einem zentralen ideologischen Element entwickelt hat. Antidemokratische populistische Narrative verbreiteten sich im Kontext der Mobilisierungswellen erheblich in der Gesellschaft. Längst ist von ‚grünen Spinnern' jenseits der Stammtische, Parteitage und die Wahlkampfauftritte der AfD die Rede. 2024 machte etwa CSU-Generalsekretär Martin Huber die Grünen „hauptverantwortlich für die miese Stimmung im Land" und erklärte: „Sie sind eine von Ideologie getriebene Partei" (Martin Huber in den ARD Tagesthemen, 2024, 01:09.). Im September 2024 äußerte Sahra Wagenknecht in einer TV-Sendung der ARD zum wiederholten Mal: „Die Grünen sind die gefährlichste Partei im Bundestag" (Sahra Wagenknecht in der ARD-Talkshow „Caren Miosga", 2024, 21:39).

Der aktuelle Forschungsstand zu den Diskursverschiebungen und zur antidemokratischen Krisenmobilisierung lässt bisher die Frage nach dem Einfluss klimaschutzablehnender Narrative auf die Themensetzung in der Klima- und Energiepolitik während des Bundestagswahlkampfes unbeantwortet.

3. Methodisches Vorgehen

Ergänzend zu den in Studien belegten desinformativen populistischen Narrativen über Klimaschutzpolitik sichteten wir Protestaufrufe in den sozialen Medien. Ziel war es, die klimaschutzregressiven Narrative mittels differenzierter Formulierungen genauer zu erfassen. Auf dieser Grundlage wurde eine spezifische Suchanfrage (Query) für das Medienanalyseprogramm Meltwater erstellt.

SUCHABFRAGE/ QUERY:	
(“Klimahysterie” OR “Klimagedöns” OR “Klimaideologie” OR “Klimaneutral-Ideologie” OR “Klimawahn” OR “Klimalüge” OR “Klimareligion” OR “Klimadiktatur” OR “Klimaterror” OR “Klimaextremismus” OR “Klimafanatismus” OR “Klimaaktionismus” OR “Klimarealismus”)	klimaregressiv
OR ((“Klimaschutz” OR “Klimamaßnahme” OR “Klimaschutzmaßnahme” OR “Klimaanpassung” OR “Klimapolitik” OR “Klimaabkommen” OR “Klimaagenda” OR “Klimagesetz” OR “grüne Politik”) AND (“Enteignung” OR “enteignen” OR “Bevormundung” OR “bevormunden” OR “Gängelung” OR “gängeln” OR “Verbot” OR “Verbotspolitik” OR “verbieten” OR “Deindustrialisierung” OR “Blackout” OR “Verlust” OR “Vernichtung” OR “vernichten” OR “Zerstörung” OR “zerstören” OR “Abbau” OR “Gefährdung” OR “gefährden” OR “Gefahr” OR “Ruin” OR “ruinieren” OR “Abgrund” OR “Wohlstandsverlust” OR “Wirtschaftsvernichtung” OR “Energieunsicherheit” OR “Demokratieabbau” OR “Freiheitsverlust” OR “Naturzerstörung” OR “Umweltzerstörung” OR “Umweltschutz ist Heimatsschutz” OR “Naturschutz ist Heimatschutz” OR “pragmatischer Klimaschutz” OR “Klimaschutz mit Verstand” OR “technologieoffen” OR “Technologieoffenheit”))	klimaschutzregressiv
PROGRAMM: Meltwater **ERHEBUNGSZEITRAUM: 10.02. – 23.02.2025/Hochphase des Bundestagswahlkampfes** **TREFFER: 10.304 gesamt, davon 221 von Parteien/Parteivertreter:innen auf Blogs, Webseiten, X, Facebook, Instagram**	

Tabelle 1: Suchabfrage (Query) im Programm Meltwater inklusive zentraler Daten

Mit dieser Suchabfrage im Programm Meltwater wurden Beiträge in sozialen Medien auf den Plattformen X, Facebook und Instagram sowie Homepages und Blogs durchsucht. Wir wollten wissen, welche Rolle die desinformativen populistischen Narrative aus der antidemokratischen Protestmobilisierung im Zeitraum des Bundestagswahlkampfes 2025 spielten und ob sie von Parteien bzw. Politiker:innen verbreitet wurden. Als Datenerhebungszeitraum wurden die letzten zwei Wochen vor der Bundestagswahl (10. – 23. Februar 2025) gewählt, die die Hochphase des Wahlkampfes 2025 markierten.

Insgesamt konnten in diesem Zeitraum 10.304 Posts und Online-Beiträge mit der Suchabfrage erfasst werden. Die große Mehrheit der Treffer stammte von Personen und Organisationsstrukturen ohne parteipolitischen Bezug oder aus Medienberichten. Als erstes wurden aus dem Datensatz alle Social-Media-Posts und Homepage- bzw. Blogbeiträge manuell herausgefiltert, welche von Parteien bzw. ihren Organisationsstrukturen (z. B. Kreisverbände) und von parteipolitischen Vertreter:innen stammten. Voraussetzung war, dass auf den Online-Seiten und Profilen die parteipolitische Funktion klar zu erkennen war bzw. Personen im Rahmen ihres parteipolitischen Engagements auftraten. Ebenfalls aussortiert wurden in einem zweiten Schritt all jene Treffer, in denen auf die von uns abgefragten Inhalte einordnend, aufklärerisch bzw. widersprechend Bezug genommen wurde, ohne diese selbst zu vertreten.

Im zweiwöchigen Untersuchungszeitraum transportierten 221 online geteilte Inhalte von Parteistrukturen, Politiker:innen bzw. Kandidat:innen die abgefragten Narrative.

Diese wurden in der oben präsentierten Suchanfrage (Query) in ihren unterschiedlichen begrifflichen Ausprägungen inklusive Synonymen erfasst. Für die Inhaltsanalyse wurden die erhobenen Narrative nach ihrer Ausrichtung sortiert und in *klimaregressive* und *klimaschutzregressive* unterschieden. *Klimaregressive* Narrative wehren das Thema Klima, inklusive Wandel, Folgen und Schutznotwendigkeit ab. *Klimaschutzregressive* Narrative richten sich gegen Klimaschutzpolitik, konkrete Maßnahmen oder Transformationsprozesse. Tatsächlich weisen auch Untersuchungen zu Einstellungen in der Bevölkerung zum Thema Klima auf eine wachsende Differenz zwischen Problemwahrnehmung und Handlungsbereitschaft hin (Betsch et al. 2025; Teichler et al. 2025, S.27). Während nur ein kleiner Teil der Menschen die Klimakrise leugnet oder Problemabwehr betreibt, ist die Ablehnung notwendiger Veränderungen und konkreter Maßnahmen sehr viel höher. Mit der Query wurde diese Unterscheidung berücksichtigt. So lassen sich die abgefragten Begriffe in Anlehnung an die Typologie zu Climate Obstruction (Forchtner et al. 2024) wie folgt darstellen:

Kategorie der Narrative	Desinformation zielt auf	Inhaltliche Ausrichtung	Beispiele
klimaregressiv	generelle Delegitimation und Abwehr des „Klima-Themas“ insgesamt	• Leugnen, Relativieren von Ursachen und Folgen des Klimawandels → Ablehnung der Notwendigkeit zum Klimaschutz • denunzieren Klimaschutz bereits in der begrifflichen Zuschreibung • das gesamte Klima wird u. a. als Einbildung, krankhaft oder Glaubensfrage herabgewürdigt	„Klimawahn“, „Klimaideologie“, „Klimahysterie“, „Klimareligion“ „Klimadiktatur“ „Klimaterror“ …
klimaschutz-regressiv	Delegitimation konkreter Klimaschutzpolitik oder gezielter Maßnahmen und Prozesse der Transformation	1) • stärken Ängste und Ablehnung gegen Klimaschutzmaßnahmen sowie Feindbilder • Dramatisierung der Folgen, z. B. große Verluste werden der Klimaschutzpolitik (und nicht dem Klimawandel) zugeschrieben → offene Abwehr von Klimaschutzmaßnahmen	„Wohlstands-vernichtung“, „Naturzerstörung“, „Freiheitsverlust“, „Verbotspolitik“ „Energieunsicherheit“ …
		2) • „Klimaschutz ja, ABER!“ • Scheinlösungen zur Entlastung und Rechtfertigung für Aufschub oder gegen Regularien • Externalisierung der Verantwortung • indirekte Denunzierung von Klimaschutz als unvernünftig, ohne Sachverstand → Ausbremsen von Transformationsprozessen	„pragmatischer Klimaschutz“, „Klimaschutz mit Vernunft/Sachverstand“/technologieoffen, ideologiefrei“ …

Tabelle 2: Kategorisierung desinformativer Narrative: klimaregressiv und klimaschutzregressiv

Als *klimaregressiv* werden Narrative gefasst, die auf eine generelle Delegitimation und Abwehr des Klima-Themas insgesamt zielen. Sie sind bereits in der begrifflichen Zuschreibung des Themas denunzierend und herabwürdigend. Sie leugnen die mit dem Klimawandel verbundenen Problemlagen. Folglich stellen sie auch die Notwendigkeit des Klimaschutzes und entsprechender Veränderungen unsere Produktions- und Konsumweisen in Abrede.

Unter *klimaschutzregressiv* fallen desinformative, denunzierende und delegitimierende Narrative, die Klimaschutzpolitik adressieren, ohne die Herausforderungen des Klimawandels infrage zu stellen. Sie richten sich gegen (bestimmte) politische Maßnahmen oder negieren die Notwendigkeit einer umfassenden Transformation. Sie lassen sich noch einmal in ihrer strategisch-inhaltlichen Ausrichtung unterscheiden:

- 1) Narrative, die vor allem negative Folgen der Politik bzw. Maßnahmen beschwören. Sie schüren auf populistische Weise Angst und Abwehr (Reese & Weingart, 2024). Häufig setzen sie auf Desinformationen zu vermeintlich dramatischen Verlusten, insbesondere für Wirtschaft, Wohlstand, Freiheit, Natur/Umwelt, Energiesicherheit (Kalla, 2023). Nicht selten wurden im Kontext der antidemokratischen Krisenmobilisierung auch Dystrophien drohender Blackouts (Patz et al., 2024), einer alles vernichtenden „Deindustrialisierung“ oder eines am Abgrund stehenden Deutschlands gezeichnet (Nefzger, 2022; Kalla, 2023).

- 2) Narrative, die den Schein erwecken, effektiveren Klimaschutz durch weniger bis keine Regulierung oder mit Fokus auf zukünftige technische Lösungen bewerkstelligen zu können. Sie dienen der Ablenkung, Entlastung und Rechtfertigung für Aufschub und Inaktivität. Sie sollen den Eindruck erwecken, Klimaschutz als wichtig zu bejahen, obwohl die Notwendigkeit größerer Veränderungen und Vorgaben in Abrede gestellt werden. Sie fokussieren nicht nur Scheindebatten und unausgereifte Zukunftstechnologien, sondern unterstellen bisherigen Forderungen und Maßnahmen indirekt unvernünftig, ohne (Sach)-Verstand bzw. völlig unreal und /oder wirkungslos zu sein. In diese Unterkategorie fallen auch Forderung nach einem „pragmatischeren Klimaschutz“, Klimaschutz mit Vernunft und Verstand oder der Ruf nach Technologieoffenheit (Kwasniewski, 2021; Matzing, 2023). Letztendlich zielen auch diese Inhalte darauf, die Transformation mindestens auszubremsen.

Mit unserer Query wurden *klimaschutzregressive* Narrative nur dann erhoben, wenn sie *in direkter Verbindung* mit Begriffen wie „Klimaschutzpolitik“, „Klimaschutzmaßnahmen“, „Klimaschutzabkommen“ usw. oder auch „grüner Politik“ genannt wurden (siehe Abb. 1). In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung werden jedoch viele klimaschutzregressive Narrative im Kontext einzelner Transformationsmaßnahmen (z. B. Erneuerbare Energien) ohne explizite Nennung von „Klima(-schutz)“ transportiert: z. B., wenn von einer vermeintlich umweltzerstörenden Energiewende die Rede ist. Zudem werden einige Narrative ausnahmslos im Kontext von Klima(schutz)politik verwendet, sodass eine Verortung bzw. zusätzliche Nennung entsprechender Begriffe häufig ausbleibt (z. B. „Deindustrialisierung“ oder die Debatten um „Technologieoffenheit“). Ohne die in der Query vorgenommene Kombination der Begriffe hätten wir eine sehr viel höhere Anzahl an Treffern erhalten. Allerdings wären darunter auch solche, die in ihrer Interpretation weniger eindeutig oder gänzlich ohne Klimaschutzbezug wären (z. B. sämtliche Inhalte zu Naturzerstörung oder Enteignung). Die Entscheidung für diese sehr gezielte, selektive Abfrage fiel letztlich auch, weil die inhaltliche Verknüpfung in der Argumentation gegen Klimaschutz und politische Maßnahmen im Fokus stand.

4. Ergebnisse

Von den 221 identifizierten Beiträgen wurde die große Mehrheit auf öffentlichen Social-Media-Plattformen geteilt – davon 104 auf Facebook, 64 auf X, 41 auf Instagram. Bei 12 Beiträgen handelte es sich um Veröffentlichungen auf Webseiten bzw. Blogs von Parteien bzw. parteipolitischen Vertreter:innen.

Den Unionsparteien (CDU und CSU inklusive Junge Union) sind 36 Beiträge zuzuordnen. Der FDP und ihrer Jugendorganisation Junge Liberale 58 und der AfD 109.[4] Außerdem stammten 18 Beiträge von sonstigen Parteien und deren Vertreter:innen. Sie verteilen sich wie folgt: Je 1 Post teilte eine parteilose, ehemals für die AfD kandidierende Person, eine Person vom Bündnis C und eine Person der Freien Wähler. Darüber hinaus gab es je 2 Beiträge von Parteistrukturen und Personen von Die Basis, vom Bündnis Sahra Wagenknecht sowie 4 vom Bündnis Deutschland und 7 von der WerteUnion.

Ausgewertet wurden jeweils die Textbeiträge inklusive Abbildungen.[5] Inhaltsanalytisch haben wir die Beiträge nach ihren verwendeten Narrativen in *klimaregressive* und *klimaschutzregressive* unterschieden.

4.1 Klimaregression: Leugnung einer menschgemachten Klimakrise

In über einem Drittel der erhobene Online-Inhalte wurde das Klimathema in Gänze denunziert. Die klimaregressiven Verlautbarungen, die bereits durch eine herabwürdigende Begriffswahl den Klimawandel leugnen und die Klimakrise infrage stellen, stammten größtenteils von der AfD. In den meisten Fällen verzichteten Akteur:innen der Partei auf ein sachliches Vokabular. Am häufigsten benutzten Vertreter:innen und Parteistrukturen den Begriff „Klimawahn“ (49)[6], gefolgt von „Klimahysterie“ (19). 6 mal war von der „Klimaideologie“, je 3 mal von „Klimalüge“ sowie „Klimareligion“ und einmal vom „Klimagedöns“ die Rede.



Abbildung 1: Screenshot Facebook AfD im EU-Parlament

4 Inhalte der damals noch bestehenden Jungen Alternative gab es in diesem Zeitraum nicht.

5 Teils verlinktes umfangreiches Videomaterial wurde zur Genauigkeit der Interpretation zwar gesichtet, ist aber selbst nicht Teil dieser Auswertung.

6 In Klammern steht immer die jeweilige Anzahl der entsprechend geteilten Online-Inhalte.

Die Leugnung des Themas geschieht demnach nicht nur durch ein Aberkennen wissenschaftlicher Erkenntnisse oder der Folgen des Klimawandels. Vielmehr wird die Klima-Problematik als krankhafte Wahnvorstellung, etwas Erfundenes oder reine Glaubensfrage abgewehrt.

Gesteigert wurde die begriffliche Denunzierung durch die Begriffe „Klimadiktatur“ (4) und „Klimaterror“ (1), welche den Akteur:innen für Klimaschutz eine mutwillige wie bösartige Absicht unterstellen. „Klimaregion“, „Klimahysterie“ und „Klimawahn“ gehörten in Social-Media-Posts auch zur Wortwahl von Vertreter:innen der WerteUnion. Die Nutzung derartiger Zuschreibungen blieben mit dem Begriff „Klimawahn“ durch je einem Lokalpolitiker bzw. einer Lokalpolitikerin von CDU und FDP die Ausnahme. Insgesamt verbreiteten also vorrangig Parteien aus dem extrem rechten Parteienspektrum *klimaregressive Narrative*.



Abbildung 2: Screenshot X @ChristianJMlle2

4.2 Klimaschutzregression: Ablehnung von Maßnahmen und Bremsen der Transformation

Auch wenn parteipolitische Kräfte jenseits des extrem rechten Spektrums den menschgemachten Klimawandel und die darauf entstehenden Probleme nicht infrage stellten, waren desinformative populistische Narrative auch bei anderen Parteien auffällig. Diese wurden gegen Klimaschutzpolitik und Transformationsprozesse platziert und adressierten vorrangig Ängste und Abwehrgefühle oder lancierten Scheindebatten. Um den bisherigen politischen Kurs zu denunzieren und die eigenen Positionen attraktiv zu platzieren, wurden klimaschutzregressive Narrative, die Ängste schüren und Ablehnung verstärken, häufig mit solchen verknüpft, die Scheinlösungen präsentierten (siehe Tabelle 2, S. 11).

4.2.1 Der Ideologie-Vorwurf

Zwar sprach nur die AfD von „Klimaideologie“, die Zuschreibung „ideologisch“ war im Bundestagswahlkampf im Kontext von Klimaschutzmaßnahmen dennoch weit verbreitet. In 70 der 221 untersuchten Online-Inhalte wurde die aktuelle oder bisherige Klimaschutzpolitik mit „Ideologie“-Vorwürfen überzogen. Ein Großteil der Beiträge stammte erneut von Vertreter:innen der AfD bzw. AfD-Parteistrukturen. Jedoch kann bei 20 Beiträgen von Akteur:innen der FDP/Julis und 15 von den Union (CDU/CSU/Junge Union) auch bei diesen Parteien von einer Desinformationsstrategie gesprochen werden. Ebenso bedienten sich das BSW, die Basis, die WerteUnion sowie das Bündnis C des Narratives. Inhaltlich unterschieden sich die online geteilten Inhalte, welche mit dem Ideologie-Narrativ bezüglich politischer Maßnahmen operierten, zwischen den Parteien kaum. Vor allen die AfD, aber teils auch FDP und CDU adressierten den Vorwurf einer vermeintlich „ideologischen“ oder „ideologie-betriebenen“ Klimapolitik direkt an die amtierende Regierung. Häufig verpackten CDU und FDP diesen subtiler in Slogans. So operierte die CDU mit der Forderung „Technologieoffenheit statt Ideologie“, die FDP oft mit „Innovation statt ideologischer Verbote“. Gemeinsam warben alle Parteien für einen Kurswechsel und für weniger Klimaschutzregularien.



Abbildung 3: Screenshot Facebook CDU Kreisverband Hochsauerland

4.2.2 Nichts als Verbote und Verlust?

In den von uns untersuchten Beiträgen wird Klimaschutz vor allen als nachteilig, schädigend, verlustreich geframt. Einen besonderen Stellenwert nimmt das Narrativ des Verbotes, also einer bewussten Wegnahme ein.

Vor allen die FDP (21) verbreitete bezüglich bisheriger Klimaschutzmaßnahmen die Erzählung vermeintlicher „Verbotspolitik". Auch AfD (10), CDU/CSU (4), BSW (2) und WerteUnion (1) bedienten sich dieser Rhetorik. Ähnlich häufig wurde der Vorwurf der „Bevormundung" angebracht: Je 4 mal von Akteur:innen der AfD und CDU sowie 16 Mal von FDP und ihrer Jugendorganisation. Sie verbreitete zudem mehrfach die Behauptung: „Grüne Politik bedeutet Bevormundung und Belastung" (Rülke, 2025). Auch den zugespitzten Begriff der „Gängelung" nutzten die Jungliberalen (Julis) und die AfD. Letztere verschärfte das Narrativ eines von der Politik absichtsvoll verursachten Verlustes durch die Nutzung des Begriffes der „Enteignung" (2).

Insgesamt ist auffällig, dass die Klimaschutzpolitik der „Ampelregierung" und die Zielvorgaben der Grünen als einziges Verlustgeschäft gezeichnet werden. Demnach gebe es durch diese Politik nicht nur viel zu verlieren, das gewählte Vokabular suggeriert zudem eine absichtsvolle Schädigung wichtiger Lebensgrundlagen. Bedroht, gefährdet, ruiniert oder zerstört würden den verbreiteten Inhalten nach besonders die Wirtschaft, inklusive Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und Wohlstand, gefolgt von der Energieversorgung und Natur sowie Landschaft. Der FPD nach drohten zudem der Verlust des Friedens, der Freiheit und der Demokratie. Während die AfD-Rhetorik derartige Vorwürfe in kämpferischen Ton an die amtierende Regierung richtete, formulierten CDU und FDP diese häufig etwas subtiler oder ohne direkte Adressierung.

Die drohenden Verluste in den einzelnen Lebensbereichen wurden mit unterschiedlichen desinformativen, populistischen und teils an Verschwörungserzählungen angelehnten Narrativen artikuliert, die im Folgenden dargestellt werden.

4.2.3 Von „Habeckonomics" bis „Planwirtschaft"

In 106 Beiträgen spielte die vermeintlich bedrohliche Situation der Wirtschaft bzw. Industrie inklusive der Gefährdung von Arbeitsplätzen im Kontext von Klimaschutzpolitik eine Rolle. Dabei fällt auf, dass die AfD mit „zerstören", „vernichten", „ruinieren" häufig ein radikaleres, negativeres und emotionalisierenderes Vokabular nutzte als die anderen Parteien. CDU-Akteur:innen hingegen betonten etwa, „Wirtschaft und Klimaschutz in Einklang bringen" oder versöhnen zu wollen und suggerierten so indirekt eine Gefährdung bzw. Bedrohung. Es gab aber auch bei den nicht extrem rechten Parteien weniger subtilere Verlautbarungen: In 21 Beiträgen war von einer drohenden „Deindustrialisierung" im Kontext von Klimaschutzpolitik die Rede. Gemeint war nicht etwa die Dekarbonisierung der fossilen Industrie, sondern der vermeintlich herbeigeführte Niedergang von Wirtschaft und Wohlstand. Unter diesen Inhalten befanden sich 4 von der CDU, je 2 von FDP und Die Basis sowie 1 Post vom BSW.



Abbildung 4: Screenshot Instagram @diebasis_nrw



Abbildung 5: Screenshot Webseite FDP-Bundestagsfraktion

Auch von „Planwirtschaft“ oder planwirtschaftlichen Vorgaben war bei der AfD (5) und FDP bzw. ihrer Jugendorganisation (5) die Rede. Der damalige Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Christian Dürr prägte in einem Focus-Beitrag, der auf der Homepage der FDP im Bundestag veröffentlicht wurde, den Begriff „Habeckonomics“ (Dürr, 2025a). In diesem Beitrag wurde die angebliche Zerstörung der deutschen Wirtschaft moniert und die Verantwortung der Wirtschafts- und Umweltpolitik Robert Habecks zugeschrieben.

Zudem thematisierten 22 Beiträge die Gefährdung bzw. den Verlust des Wohlstandes: AfD (9)[7], FDP (9), CDU (2) und WerteUnion (2). Das düsterste Bild zeichnete die AfD mit einem Deutschland am „Abgrund“ (7). Sie sprach, wie auch das Bündnis Deutschland (2) von der Zerstörung des ganzen Landes.

4.2.3.1 Verlust der Energiesicherheit

Drohende Verluste aufgrund von Klimaschutzpolitik stünden angeblich auch bezüglich der Energiesicherheit bevor. Im Bundestagswahlkampf wurden dafür vor allem die Energiewende und der Ausbau der erneuerbaren Energien als Ursache genannt, nicht etwa die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen aus autokratischen Staaten. Die CDU (8) betonte – wie auch bei Wirtschaft oder Umwelt – dass sie die Energiesicherheit in Einklang mit dem Klimaschutz bringen wolle. Impliziert wurde damit eine bestehende Versorgungsunsicherheit aufgrund bisheriger Klimaschutzpolitik. Auch die FDP problematisierte die Energieversorgung in zwei Beiträgen. Die AfD sprach von vermeintlichem „Flatterstrom“ und einer akuten Bedrohung durch „Blackouts“.

7 Eine Person wurde über die AfD gewählt, ist mittlerweile aber fraktionslos.

4.2.3.2 Zerstörung von Natur und Landschaft

Insbesondere die AfD betitelte Klimaschutzpolitik als Natur- und Landschaftszerstörung (10). Gerade die extrem rechte Ideologie konstruiert einen vermeintlich unvereinbaren Gegensatz zwischen Klimaschutz und Umweltschutz, welcher als regionaler und auf einem völkischen Naturverständnis fußender Heimatschutz verstanden wird (Patz, et al 2024, 88). Eine globale Verantwortungsübernahme in einer weltweit durch die Industriestaaten verursachten Krise wird in dieser Argumentation abgelehnt. Anstatt des Klimawandels wird die Klimaschutzpolitik als Bedrohung für die heimische Umwelt, traditionelle Kulturlandschaft und Gesellschaftsordnung erklärt. Eine bewusste böswillige Landschaftszerstörung wird vor allen im Zusammenhang mit Windkraft verbreitet (ebd.).

In der Konsequenz forderte die AfD im Wahlkampf einen „echten Umweltschutz statt Klimawahn“ (3). Dass der bisherige Klimaschutz für die Umwelt nicht förderlich sei, vermittelte indirekt auch die CDU in zwei ihrer Social-Media-Posts: Sie betonte, dass Klimaschutz nur mit realistischen Lösungen funktioniere, welche „Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenbringt“. Damit wird vermittelt, dass Umweltschutz und Klimaschutz konträr zueinander stünden. Überschrieben war der Post, der zentrale Klimaschutzziele der Partei benannte, mit „Klimaschutz braucht Sachverstand – keine Symbolpolitik”.[8] Auch in Beiträgen der WerteUnion wurden Klimaschutz und Umweltschutz gegeneinander ausgespielt.



Abbildung 6: Screenshot Facebook CDU Leipzig



Abbildung 7: Screenshot X @SylviaPantel

8 Der Post ist aufgrund seiner verschiedenen Themenbereiche und genutzten Narrative auch in anderen Kategorien der Auswertung gezählt wurden.

4.2.4 Scheindebatte Klimaschutz: technologieoffen, pragmatisch, später …

Viele der untersuchten Inhalte, die Verlustängste, Nachteile und somit Abwehrgefühle bezüglich Klimaschutzmaßnahmen adressierten, verknüpften diese mit Inaktivität rechtfertigenden Scheinlösungen (Abb. 8). Besonders häufig gefordert wurde Technologieoffenheit und/oder Pragmatismus bzw. ein „neuer Klimarealismus“ (FDP, Lindner). Letztlich geht es darum, Regularien und Quoten abzuwehren, um sich alle – besonders aber die alten – Produktions- und Konsumweisen zu erhalten. Die Verteidigung des Status quo zielt darauf ab, alles beim Alten zu lassen. Dadurch wird die Verantwortung für Veränderungen in die Zukunft verschoben.

Insgesamt 73 Mal wurde in den geteilten Online-Inhalten mit dem Begriff der Technologieoffenheit oder dessen Forderung („von Kernenergie bis Wasserstoff und von Verbrenner bis E-Fuels“) operiert. Bei den vermeintlich neuen Technologien handelt es sich oft um Scheindebatten, da die angepriesenen Lösungen aufgrund ihres Energie- oder Kostenaufwandes in näherer Zukunft keine massentaublichen Lösungen bieten (Wietschel et al., 2023).



Abbildung 8: Screenshot Facebook FDP Rheinbach

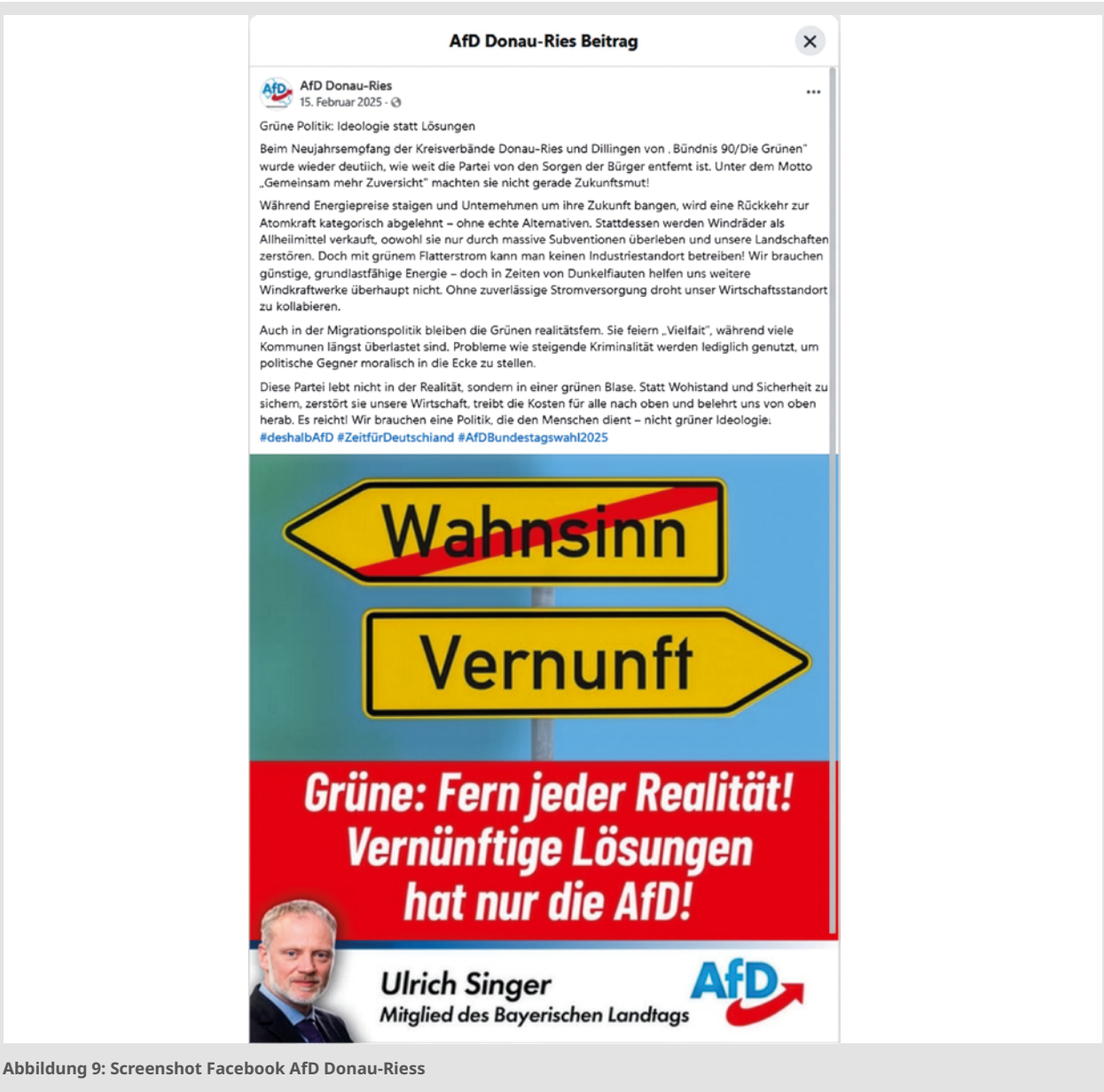


Abbildung 9: Screenshot Facebook AfD Donau-Riess

4.3 Grüne als Feindbild

Auffällig bei der Analyse ist, dass das Feindbild „grüner Politik" mittlerweile parteiübergreifend transportiert wird. Im Jahr 2022, so zeigen Untersuchungen, wurden die Partei bzw. Politiker:innen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor allem von der AfD denunziert und angefeindet (Klinker et al., 2022). Die Auswertung von Online-Inhalten der letzten Tage des Bundestagswahlkampfes 2025 belegt, dass verbale Angriffe zunehmend auch von anderen Parteien außerhalb des extrem rechten Spektrums kommen. Vor allen die FPD richtete sich gegen ihre ehemalige Regierungspartnerin. Mit Herabwürdigungen, Populismus, aber auch Desinformationen führte sie einen Anti-Grünen-Wahlkampf. In Anbetracht der sich bereits früh abzeichnenden, sehr hohen Zustimmungswerte für die offen demokratie- und menschenrechtsfeindliche AfD ist die Fokussierung der FDP auf die Grünen bemerkenswert. So habe die Partei wirtschaftlichem Niedergang, Wohlstandsverlust und eine vermeintlich ideologiegetriebene und unsachliche Politik zu verantworten. Christian Linder erklärte zudem, dass die rot-grüne Politik, vor allem aber Bündnis 90/DIE GRÜNEN das Erstarken der AfD verursacht habe (Abb. 10). Sie, und nicht etwa die Übernahme antidemokratischer, populistischer und desinformativer Narrative und die Normalisierung extrem rechter Inhalte, habe zum Erfolg der Demokratiefeind:innen beigetragen. Besonders herablassend und denunzierend griff die AfD die Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, aber auch die sogenannte Ampel-Regierung an. Jedoch machte sie auch vor der CDU nicht halt, die an der „grünen Ideologie" festhalte und nur von der AfD gestoppt werden könne.



Abbildung 10: Screenshot X @c_lindner



Abbildung 11: Screenshot Instagram @uliruelke

4.4 Die Abkehr von Klimaschutzzielen: Konkrete Rollbacks

Die qualitative Inhaltsanalyse ermöglichte nicht nur eine tiefgehende Bewertung der konkret erfragten Narrative, sondern auch eine induktive Analyse mitgelieferter, nicht explizit erfragter Inhalte. Die von uns gesuchten Narrative waren oft mit konkreten Forderungen verbunden. Auffällig waren dabei solche zur Rücknahme bereits bestehender Klimaschutzmaßnahmen oder vereinbarter Ziele. Den Einfluss des Menschen auf das Klima leugnend und die schädliche Wirkung von Treibhausgasen in Frage stellend, möchte die AfD schlichtweg alles rückabwickeln. Für sie sind Maßnahmen oder Regularien zur Eindämmung des CO_2 Ausstoßes grundsätzlich falsch. Allerdings finden sich auch bei anderen Parteien konkrete Forderungen, Klimaschutzziele aufzugeben oder bereits bestehende Maßnahmen auszusetzen, aufzuhalten oder zurückzunehmen. Da in dieser Untersuchung keine konkreten politischen Forderungen abgefragt wurden, sondern diese im Kontext der qualitativen Inhaltsanalyse als induktive Kategorie hinzukamen, lässt sich kein vollständiges Bild zeichnen. Es ist aber davon auszugehen, dass derartige Zielformulierungen während des Wahlkampfs wesentlich häufiger debattiert wurden.



Abbildung 12: Screenshot X @christianduerr

So bezeichnete die FPD im Wahlkampf das EU-Ziel der **Treibhausneutralität bis 2050** als ein sehr ambitioniertes und lehnte das im deutschen Klimaschutzgesetz festgelegte Ziel bis 2045 für die Bundesrepublik als illusorisch ab. Sie stellte dies als einen schädlichen Alleingang dar, von dem nur diejenigen profitierten, die länger CO_2-Überschuss produzieren.

Ein parteiübergreifendes Thema war das **Gebäude-Energie-Gesetz**, meist verknappt als Heizungsgesetz beschrieben. In den von uns erhobenen Online-Inhalten wurde es von CDU (4), FDP (3), AfD (2) und Bündnis C (1) kritisiert. Auffällig ist, dass sich alle Parteien gegen das Gesetz aussprachen, die CDU aber die einzige Partei war, die im Wahlkampf konkret versprach: „Wir schaffen das Heizungsgesetz ab!“ Irritierend ist, dass das Gebäude-Energie-Gesetz, inklusive dem Ziel bei Neubauten möglichst auf fossile Energieträger zu verzichten, bereits seit 2020 in Kraft ist und von der Regierung um Kanzlerin Merkel verabschiedet wurde. Entgegen der denunzierenden Desinformationskampagne der letzten zwei Jahre war dies keine Gesetzesidee der Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN oder gar von Robert Habeck. Die Ampel-Regierung plante lediglich, das bestehende Gesetz nachzubessern und offene Punkte zu konkretisieren. Insofern versprach die CDU, ihr eigens verabschiedetes Maßnahmenpaket rückabzuwickeln.

Auch das auf EU-Ebene vereinbarte Ziel, ab 2035 keine Autos mit **Verbrennungsmotoren** mehr neu zu zulassen, wurde im Wahlkampf infrage gestellt – am häufigsten von der FDP (6). Im Wahlkampfaufruf der FDP Groß-Umstadt, veröffentlicht auf fdp-hessen.de am 13.02.2025, heißt es: „Auch auf Europäischer Ebene müssen Festlegungen wie das Verbot des Verbrennermotors überwunden werden.“ (FDP Groß-Umstadt, 2025). Auch die AfD (5) und die CDU (1) kritisierten das Verbrenner-Aus.



Abbildung 13: Screenshot Instagram @holmleiferik

Ebenfalls wahlkampfrelevante Themen waren die **CO2-Bepreisung** und der **Emissionshandel**. Diese wurden am häufigsten von der AfD (33) auf- und vor allem angegriffen. So forderte die AfD in mehreren Beiträgen die komplette Abschaffung (6). In ähnlicher Weise argumentierten die WerteUnion (2), das Bündnis Deutschland (2), das Bündnis C (1) und das BSW (1).

Im Gegensatz dazu sprachen sich CDU (3) / CSU (1) und FPD (5) nicht nur für den **Emissionshandel** aus, sondern priorisierten diesen gegenüber Maßnahmen zur Reduzierung der CO_2-Emissionen. In FDP-Kreisen wurde der Emissionshandel zum Nonplusultra erklärt. So behauptete der damalige Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Christian Dürr, in einem Beitrag, dass die EU […] „schon vor 20 Jahren als weltweiter Pionier einen innovativen CO_2-Emissionshandel eingeführt hat, wodurch sämtliche bürokratische Klimaschutz-Regulierungen überflüssig geworden sind" (Christian Dürr, 20.02.2025).



Abbildung 14: Screenshot Facebook AfD KV Siegen-Wittgenstein



Abbildung 15: Screenshot Facebook Hans-Jürgen Goßner MdB

Die FDP (6) und die CDU (2) benannten zudem die Speicherung von CO_2 als richtungsweisend. Beides muss als Angriff auf das Handlungsziel, die Freisetzung von Treibhausgasen drastisch zu verringern, gewertet werden.

Bestätigt wird dies durch desinformative populistische Online-Inhalte, beispielsweise eines FDP-Vorstandmitglieds des Hamburger Landesverbandes bei X. Dieser wehrte die Notwendigkeit der CO_2-Reduktion in Anbetracht des Anteils Deutschlands und sogar Europas an der weltweiten Emission ab (Gert Möllmann, 19.02.2025). Die Betrachtungsweise, welche die entscheidene Pro-Kopf-Emission ignoriert, externalisiert die Verantwortung auf große, bevölkerungsreiche Länder. Diese Rechnung dient nicht nur der eigenen Entlastung und der Rechtfertigung des Untätigseins, sie ist zugleich eine Absage an globale Gerechtigkeit.

An dieser Stelle ist die rückschrittliche Thematisierung der Energienutzung zu erwähnen. Im Wahlkampf wurden in der Konsequenz auch die **Ausstiege aus Kohle** und der **Atomkraft** scharf kritisiert. Der **Kohleausstieg** wurde hauptsächlich von der AfD (11) abgelehnt und bezüglich der Wirkung infrage gestellt. Allerdings bediente sich auch die FDP (1) an prominenter Stelle einer auffallend ähnlichen Argumentationslogik.



Abbildung 16: Screenshot X @starkwatzinger

Eine größere Rolle spielte die **Atom-** bzw. **Kernkraft**. Im Unterschied zu den zuvor genannten inhaltlichen Punkten wurde das Thema nicht eigenständig oder prominent platziert, sondern von unterschiedlichen parteipolitischen Akteur:innen eher selbstverständlich im Kontext anderer Themen benannt. Nur die AfD (14) kritisierte den Ausstieg aus der Kernkraft oder die Abschaltung entsprechender Anlagen offen und formulierte teils deutliche Forderungen nach einem Wiedereinstieg. Die CDU (2) und die FDP (5) erwähnten die Kernkraft eher unterschwellig, zum Beispiel in Aufzählungen, wenn sie von „technologieoffen" sprachen.

Außerdem wurde das **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz** thematisiert (bekannter unter Kurzbezeichnung „Lieferkettengesetz"). Es soll einen besseren Schutz der Menschenrechte sowie Standards für Umwelt- und Klimaschutz auf allen Stufen des Produktionsprozesses garantieren. Neben der AfD (6) forderte die FDP bzw. ihre Jugendorganisation „Julis" (2) sowie das Bündnis C die Abschaffung dieser gesetzlichen Regelungen.



Abbildung 17: Screenshot Facebook Dr. Michael Meister



Abbildung 18: Screenshot Facebook Junge Liberale Julis Unterfranken

5. Fazit

Die in Teilen antidemokratische Krisenmobilisierung unter dem Hashtag „Heißer Herbst“ und die sogenannten „Bauernproteste“ haben zur Verbreitung und Normalisierung von Desinformationen, Verschwörungserzählungen, extrem rechter Narrative und Feindbilder beigetragen. Die zunehmend polarisierenden gesellschaftlichen Diskurse um Klimaschutz und die Ablehnung von notwendigen Maßnahmen wie der Energiewende spiegelten sich auch im Bundestagswahlkampf 2025 wider. Mit der qualitativen Erhebung spezifischer klima(-schutz) regressiver Narrative aus dem Protestmilieu konnten wir zeigen, dass unterschiedlichste Parteien desinformative populistische Inhalte in einer großen thematischen Bandbreite in der Hochphase des Bundestagkampfes 2025 transportiert haben. Das gesamte Themenfeld Klima wurde zumeist nur von der extrem rechten AfD und der WerteUnion abgewehrt und delegitimiert. Desinformative und populistische Narrative verbreiteten aber auch Politiker:innen bzw. Parteistrukturen von FDP und CDU/CSU, dem BSW sowie den Kleinstparteien Die Basis, Bündnis C und Bündnis Deutschland. Inhaltlich richteten sie sich mehrheitlich gegen gezielte politische Maßnahmen, Klimaschutzpolitik als solches und gegen die Partei Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Zum einen wurden populistische, an Verschwörungserzählungen anknüpfende Narrative verbreitet, die Ängste schüren, Abwehrreaktionen erzeugen und klimaschutzprogressiven Kräften schädigende Absichten unterstellen. Klimaschutzpolitik wurde häufig als reines Verlustgeschäft gezeichnet, dass Wirtschaft, Wohlstand, Energiesicherheit und sogar Umwelt zerstöre. Zum anderen dienten Scheindebatten dazu, grundlegende Veränderungen abzulehnen.

Im Bundestagswahlkampf zeichnete sich eine Neuausrichtung des politischen Kurses ab. Die Klimapolitik der bis dato amtierenden Regierung wurde als „ideologisch“ und „verlustreich“ für Wirtschaft, Wohlstand, Freiheit geframt. Einzelne konkrete Klimaschutzmaßnahmen wurden infrage gestellt und Rücknahmen angekündigt, unter den Stichworten Technologieoffenheit und Pragmatismus sowohl das Festhalten an fossilen Techniken als auch eine Verlagerung auf zukünftige, aktuell nicht massentaugliche Lösungen gerechtfertigt. Statt auf konkrete Veränderungsprozesse zur deutlichen Minimierung des CO_2-Ausstoßes wurde zudem auf Emissionshandel gesetzt.

Als verbindendes Element zwischen klimaregressiven und klimaschutzregressiven „Argumentationen“ diente das Feindbild der Grünen. Dementsprechend viele Angriffe gegen die Partei Bündnis 90/ DIE GRÜNEN oder Politiker:innen der Partei waren in den Beiträgen feststellbar. Mit teils verschwörungsideologischem Anklang wurden Inkompetenz, Unsachlichkeit und Ideologie sowie die vorsätzliche Zerstörung der Wirtschaft und des Wohlstands des Landes vorgeworfen. Die FDP hat hierfür eigens den Begriff „Habecknomics“ kreiert. Des Weiteren zieht sich der Vorwurf der „grünen Ideologie“ wie ein roter Faden als deutungsmächtiges Brückennarrativ durch unsere erhobenen Online-Inhalte. Die Klimaschutzpolitik der damaligen Ampelregierung sowie geplante oder gar bestehende Regularien wurden als „Ideologieprojekte“ oder mindestens als „ideologisch verblendet“ denunziert. Wirksamer Klimaschutz und Regularien zur Begrenzung des CO_2-Ausstoßes wurden zu vermeintlich interessensgeleitetem Agieren einiger Weniger degradiert.

Besorgniserregend ist, dass im vergangenen Wahlkampf die Verbreitung von Desinformationen zu Klimaschutz und eine populistische, Feindbild schürende Kommunikation für unterschiedliche Parteien als strategisch gewertet werden muss. Von Tragweite erweist sich das für die CDU und die AfD. Beide Parteien haben für die derzeitige Legislaturperiode umfangreiche Gestaltungsmacht in der bundesweiten parlamentarischen Demokratie erhalten: erste einen Regierungsauftrag und zweite als stärkste parlamentarische Oppositionskraft. Alle anderen parteipolitischen Akteur:innen aus unserem Sample spielen in der parlamentarischen Ausgestaltung von Klimaschutz auf Bundesebene im gleichen Zeitraum keine Rolle. Gleichwohl darf nicht vergessen werden, dass auch sie die Diskurse beeinflussen – nicht nur zu Wahlkampfzeiten.

Unsere Auswertung zeigt, dass mittels desinformativer populistischer Themensetzung bereits im Wahlkampf ein Kurs eingeschlagen wurde, der Klimaschutz hinter Formen traditioneller Produktionsweisen anstellt. Obendrein wurden wichtige Meilensteine, insbesondere in der Wärme- und Verkehrswende, infrage gestellt und die Rückabwicklung bestehender Regularien angekündigt. Im Wahlkampf 2025 versprach die CDU ihr einst mitverantwortetes und später als Ideologieprojekt der Partei Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zugeschriebenes Gebäude-Energie-Gesetz wieder abzuschaffen. Solch inkonsistentes Handeln birgt nicht nur Gefahren für die sozial-ökologische Transformation, sondern kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie schwächen. Ein Festalten an Automobilen mit



Verbrennermotoren oder fossiler Wärme hat nicht nur Auswirkungen auf die Planungsunsicherheit für Unternehmen und Verbraucher:innen. Es drohen Nachteile im wirtschaftlichen Wettbewerb. Zudem könnten die Klimaziele für Deutschland unerreichbar werden, was neben steigenden finanziellen Belastungen durch die Klimawandelfolgen auch Strafzahlungen nach sich zöge. Stand heute wird Deutschland das Ziel der Treibhausneutralität bis 2045 verfehlen – trotz eines Milliarden schweren Sondervermögens für Klimaschutz und Infrastruktur. Expert:innen kritisieren, dass die Mittel nicht für dringende Maßnahmen der Dekarbonisierung und eine soziale Ausgestaltung der ökologischen Transformation verwendet werden (Hentze, 2025). Eine weitere Verschleppung verstärkt die aus dem Klimawandel resultierenden Krisenkonflikte – innergesellschaftlich und global. Zudem bedeutet sie eine Absage an Gerechtigkeit weltweit wie auch für die nächste Generation hierzulande.

Die zunehmende Übernahme von populistischen, verschwörungsideologischen Narrativen und Feindbildern fördert nicht nur die gesellschaftliche Polarisierung. Es legitimiert extrem rechte Positionen, demokratiefeindliche Agitationen und vor allen entsprechende Akteur:innen. Ihre Normalisierung entlang klimapolitischer Konflikte erhöht den Druck auf demokratische Institutionen und stärkt die Gestaltungsmacht demokratiefeindlicher Kräfte insgesamt. Der damit einhergehende Akzeptanzverlust von Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung verunmöglicht die dringend notwendigen Veränderungen.

Die aktuelle Bundesregierung steht vor der Herausforderung, Klimaschutz als zentrale Aufgabe demokratischer Politik und Schutzpflicht des demokratischen Rechtsstaats (BVerfG, 2021) in den Fokus rücken zu müssen. Dafür bedarf es eines Wandels in der aktuellen Politik. Die gesellschaftliche Akzeptanz für Klimaschutz, gesetzliche Regelungen und notwendige Transformationsprozesse darf nicht weiter durch Praktiken der Desinformation und die Übernahme populistischer Argumentationsmuster erschüttert werden. Klimaschutz muss eine höhere Priorität erhalten, zielstrebiger verfolgt und sozialer ausgestaltet werden. Nur so lässt sich den Entwicklungen entgegenwirken, die den demokratischen Zusammenhalt bedrohen.

Literaturverzeichnis

Andres, Leander, Marc Fabel, Matthias Flückinger, Markus Ludwig, Helmut Rainer, Maria Waldinger und Sebastian Wichert. 2022. Trägt die Fridays-for-Future-Bewegung zum politischen Klimawandel bei? Big Data Economics mit Hilfe von Mobilfunk-, Schulstreik-, (Social-)Media-, Wetter und Fußballdaten. *ifo Schnelldienst* 75(5): 28–23.

Bals, Gereon. 2021. Von „Scheinkatastrophen", „Klimadiktatur" und „Seuchensozialismus" – rechte Erzählungen zur Corona- und Klimakrise. *Wissen schafft Demokratie* 9: 50–63.

Betsch, Cornelia, Mattis Geiger, Lena Lehrer, Philipp Sprengholz, Hellen Temme, Kevin Tiede und Mirjam A. Jenny. 2025. *Modelling the readiness for climate action across individual and system-related behaviours*. PACE – Planetary Health Action Survey. https://osf.io/preprints/osf/enkwy_v3 [Letzter Abruf: 30.06.2025].

Brendel, Philipp. 2024. Sympathie für Protest von Bauern versus Frust über Klimaprotest. *MDR Sachsen*, 13.01.2024, https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/protest-bauern-klima-letzte-generation-demo-100.html [Letzter Abruf: 30.6.2025].

Deutschlandfunk. 2025. Bundestagswahl - Warum der Klimawandel im Wahlkampf untergeht. *Deutschlandfunk*, 18.02.2025, https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahl-2025-wahlkampf-klimaschutz-100.html [Letzter Abruf: 28.05.2025).

Endres, Alexandra. 2023. „Jetzt wird gegen die vermeintlich drohende Klimadiktatur mobilisiert". *Die Zeit Online*, 29.08.2023, https://www.zeit.de/wissen/2023-08/afd-klimakrise-umfrage-erfolg-janine-patz [Letzter Abruf: 10.07.2025].

Franz, Martin, Hajo Holst, Thomas Neise und Steffen Niehoff. 2024. Landwirtschaft in der Krise? Landwirtschaftsproteste 2023/24 und die Perspektiven der Landwirtinnen und Landwirte. Institut für Sozialwissenschaften/Universität Osnabrück. https://www.uni-osnabrueck.de/fb1/geographie/forschung/wirtschaftsgeographie/projektuebersicht/landwirtschaft-in-der-krise [Letzter Abruf: 04.06.2025].

Frick, Vivian, Julia Fülling, Carlotta Harms, Torsten Grothmann und Gesa Marken. 2025. *Umweltbewusstsein in Deutschland 2024. Kurzbericht zur Bevölkerungsumfrage*. Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2024 [Letzter Aufruf: 30.6.2025].

Fröhlich, Paulina, Florian Ranft und Erik Vollmann. 2023. *Mir reicht's - Analyse der Montagsdemonstrationen in Chemnitz und Gera im Winter 2022/2023*. Das Progressive Zentrum. https://www.progressives-zentrum.org/publication/mir-reichts-burger/ [Letzter Aufruf: 04.06.2025].

Forchtner, Bernhard, Martin Hultman und Kirstie M. Jylhä. 2024. Still Heating: Unfolding a Typology of Climate Obstruction. In: *Contested Climate Justice – Challenged Democracy: International Perspectives*, hrsg. v. Noah Marscher, Christoph Richter, Janine Patz und Axel Salheiser, 59–70. Frankfurt/ New York: Campus.

Hentze, Tobias. 2025. Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Ein Verschiebebahnhof mit vielen Gleisen. *IW-Kurzbericht* 92.

Kalla, Frank. 2023. Neue Töne beim St. Gangloffer Wald-Kampf-Tag. *Ostthüringer Zeitung*, 01.05.2023, https://www.otz.de/regionen/eisenberg/article238277323/Neue-Toene-beim-St-Gangloffer-Wald-Kampf-Tag.html [Letzter Abruf: 14.07.2025].

Klinker, Fabian, Noah Marschner, Janine Patz und Christoph Richter. 2022. *„Frieden statt ‚Grün'!" Rechte Instrumentalisierungen des Ukraine-Krieges gegen Klimapolitik und Energiewende bei Twitter*. IDZ-Kurzanalyse 2. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. https://www.idz-jena.de/im-dialog/idz-kurzanalysen [Letzter Abruf: 04.06.2025]

Matzig, Gerhard. 2023. Wir sind da ganz offen. Energiepolitik und Rhetorik. *Süddeutsche Zeitung Online*, 23.04.2023, https://www.sueddeutsche.de/kultur/technologieoffenheit-debatte-1.5816311?reduced=true [Letzter Abruf: 10.07.2025)

Maurin, Jost. 2023. Umfrage zu Klimaaktivisten. Klimabewegung verliert an Rückhalt. *taz.de*, 26.07.2023. https://taz.de/Umfrage-zu-Klimaaktivisten/!5951393/ [Letzter Abruf: 02.07.2025].

Müller, Michael und Jørn Precht. Hrsg. 2019. *Narrative des Populismus: Erzählmuster und -strukturen populistischer Politik*. Wiesbaden: Springer.

Nefzger, Andreas. 2022. „UNSER LAND ZUERST." AfD lehnt sich an Trump an. *faz.net*, 08.09.2022, https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-ruft-zu-demonstrationen-im-herbst-auf-18302270.html [Letzter Abruf: 09.07.2025].

Neligan, Adriana und Matthias Diermeier. 2025. Klimaschutz. Zwischen Zeigefingermentalität und Zumutungsaversion. *IW-Kurzbericht* 15.

Patz, Janine, Noah Marschner, Christoph Richter und Axel Salheiser. 2024. Feindliches Klima: Die Gefährdung des demokratischen Zusammenhalts am Beispiel des Anti-Windkraft-Diskurses. In: *Die Grenzen des Zusammenhalts. Wie Inklusion und Exklusion zusammenhängen*, hrsg. v. Axel Salheiser, Maria Alexopoulou, Christian Meier zu Verl und Alexander Yendell, 79–100. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Pawelz, Janina. 2024. Der dunkle Schatten über den Bauernprotesten: Rechtsextremisten verbuchen Erfolge. *IFSH-Kurzanalyse*. Institut für Friedenforschung und Sicherheitspolitik/Universität Hamburg. https://ifsh.de/news-detail/der-dunkle-schatten-ueber-den-bauernprotesten-rechtsextremisten-verbuchen-erfolge [Letzter Abruf: 10.07.2025].

Reese, Jonas und Christopher Weingart. 2024. Das Geschäft mit der Angst. *Frankfurter Rundschau Online*, 15.09.2024, https://www.fr.de/zukunft/storys/klima/das-geschaeft-mit-der-angst-klimawandel-leugner-lobby-93299144.html [Letzter Abruf: 10.07.2025].

Reusswig, Fritz und Beate Küpper. 2023. Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine. In: *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, hrsg. v. Andreas Zick, Beate Küpper und Nico Mokros, 289–314. Bonn: Dietz.

Richter, Christoph, Fabian Klinker und Axel Salheiser. 2022. Klimadiktatur? Rechte Ideologie und Verschwörungsnarrative zur Klimapolitik in den sozialen Netzwerken. *Wissen schafft Demokratie* 13: 80–93.

Richter, Christoph, Janine Patz, Noah Marschner und Axel Salheiser. 2024. Klimaschutzregression: Angriffe auf Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt. In: *Varianzen des Zusammenhalts Historisch und transregional vergleichende Perspektiven*, hrsg. v. Matthias Middell, 293–312. Frankfurt: Campus.

Riebe, Frauke und Jan Marquardt. 2022. Klimawandel & Wahlentscheidung 2021 - eine Frage des Alters?. *easy_social_sciences*, 2022(67): 39–48.

Salheiser, Axel, Christoph Richter und Matthias Quent. 2022. *Von der ›Corona-Diktatur‹ zur ›Klima-Diktatur‹? Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung*. Working Paper 5. Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. https://fgz-risc.de/publikationen-mediathek/publikationsdatenbank/details/von-der-corona-diktatur-zur-klima-diktatur-einstellungen-zu-klimawandel-und-klimaschutzmassnahmen-befunde-einer-repraesentativen-bevoelkerungsbefragung/ [Letzter Abruf: 04.06.2025].

Spiegel. 2019. Parteichef Gauland. AfD will Kampf gegen Klimaschutzpolitik zum Topthema machen. *Spiegel Online*, 29.09.2019, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-ernennt-kampf-gegen-klimaschutzpolitik-zum-top-thema-a-1289163.html [Letzter Abruf: 01.07.2025].

Teichler, Nils, Olaf Groh-Samberg und Jean-Yves Gerlitz. 2025. *(Un)mögliche Transformation? Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Einstellungen zum Klimawandel in Deutschland. Zweiter Zusammenhaltsbericht des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)*. Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Teune, Simon. 2022. Info-Krieg: Fehlwissen als Ressource politischer Mobilisierung. In: *ipb-Blog*. https://protestinstitut.eu/info-krieg-fehlwissen-als-ressource-politischer-mobilisierung/ [Letzter Abruf: 07.07.2025].

Teune, Simon, Maike Rump, Beate Küpper, Julia Schatzschneider, Fritz Reusswig und Wiebke Lass. 2021. *Energiewende? – ja! Aber … Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung*. Research Paper II Kritik und Konflikte um die Energiewende. DEMOKON. https://demokon.de/publikationen/ [Letzter Abruf: 07.07.2025].

Kwasniewski, Nicolai. 2021. Die Anti-Windkraft-Bewegung. Netzwerk mit Unterstützung der Industrie. *Spiegel Online*, 11.02.2021, https://www.spiegel.de/wirtschaft/windenergie-so-verhindert-die-anti-windkraft-bewegung-neue-anlagen-a-46d88419-3b1d-427d-b6c0-cf696fec283c [Letzter Abruf: 10.07.2025].

Wietschel, Martin, Patrick Plötz, Elisabeth Dütschke, Felix Neuner, Josephine Tröger und Till Gnann. 2023. *Diskussionsbeitrag. Eine kritische Diskussion der beschlossenen Maßnahmen zur E-Fuel-Förderung im Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung der Bundesregierung vom 28.3.2023*. Diskussionsbeitrag. Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung. https://publica.fraunhofer.de/entities/publication/d6091faf-1451-4d8a-9393-7a164e5702a3 [Letzter Abruf: 10.07.2025].

Bild- und Quellenverzeichnis

AfD Donau Ries. 2025. *Grüne-Politik: Ideologie statt Lösungen*, 15.02.2025. https://www.facebook.com/AfDDonauRies/posts/pfbid02UjUdPRCM4phzcMCzQZRjz6CugJWN8wkdGpEA75UMs1EeTqpcJURHcgWfhygUoTeul [Letzter Abruf: 11.06.2025].

AfD im EU-Parlament. 2025. *Klima-Märchen ist offiziell entlarvt!*, 13.02.2025. https://www.facebook.com/AfDimEUParlament/videos/1846296996107398/ [Letzter Abruf: 07.07.2025].

AfD KV Siegen-Wittgenstein. 2025. *Der Hammer: ein neues Gesetz könnte die Spritpreise Anfang 2027 um satte 40-45 Cent schlagartig verteuern*, 10.02.2025. https://www.facebook.com/AfD.Siegen/posts/pfbid0U716SBetG7fUKtyo3ZNZKKD5ioKe3wTGKYtwuNhJAWbJUg1JYxj7Cx2VbGRiWiJel [Letzter Abruf: 11.06.2025].

Bundesverfassungsgericht (BVerfG). 2021. *ECLI:DE: BVerfG:2021:rs20210324.1bvr265618*, 24.01.2021. https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html [Letzter Aufruf: 30.06.2025].

Christlich Demokratische Union (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) und Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD). 2025. *Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 21. Legislaturperiode*. https://www.koalitionsvertrag2025.de/ [Letzter Aufruf: 14.07.2025].

CDU Kreisverband Hochsauerland. 2025. *Wirtschafts-, Energie- und Klimapolitik zusammendenken: Ideologiefrei und technologieoffen zu bezahlbarer Energie*, 10.02.2025. https://www.facebook.com/cduhsk/posts/pfbid0L1jut5fdmBggc13kp41fDFsQGsdzq9QU8AtvMe1uTjbR4STaKGdF82tVzYq2zLewl [Letzter Abruf: 07.07.2025].

CDU Leipzig – Die Leipziger Union. 2025. *Klimapolitik braucht Fachverstand – keine Symbolpolitik!*, 20.02.2025. https://www.facebook.com/cduleipzig/posts/-klimapolitik-braucht-fachverstand-keine-symbolpolitikwir-haben-unseren-experten/1050004443838066/ [Letzter Abruf: 04.06.2025].

Deutscher Bundestag (2025). *Drucksache, 20/15035 - Kleine Anfrage der Fraktion CDU/CSU*, 24.02.2025. https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015035.pdf [Letzter Aufruf: 04.06.2025].

Die Basis NRW. [@diebasis_nrw]. 2025. *NRW-Klimapolitik: 750 Mio. Euro Steuergeld für die nächste Wirtschaftskrise*, 12.02.2025. https://www.instagram.com/p/DF-vkb9BAnX/ [Letzter Abruf: 11.06.2025].

Dürr, Christian. 2025a. *DÜRR-Gastbeitrag: Der Küchentisch-Philosoph ist mit seinen „Habeckonomics“ gescheitert. FDP-Bundestagsfraktion*, 20.02.2025. https://www.fdpbt.de/duerr-gastbeitrag-kuechentisch-philosoph-seinen-habeckonomics-gescheitert [Letzter Abruf: 04.06.2025].

Dürr, Christian [@christianduerr]. 2025b. *Klimaschutz „Wenn Deutschland 5 Jahre schneller ist, dann wird es für andere Länder günstiger. Für das Weltklima ist nichts erreicht. 750 Mrd.“*, 20.02.2025. https://x.com/christianduerr/status/1892703555158528184 [Letzter Abruf: 07.07.2025].

Wöllmann, Gert. 2025. *„Es ist Teil des Problems, dass die Grünen immer noch glauben, dass es ganz wesentlich auf Deutschland ankomme, das Klima zu retten.“*, 19.02.2025. https://x.com/Gert_Woellmann/status/1892132559980564694 [Letzter Abruf: 10.07.2025].

FDP Groß-Umstadt. 2025. *Wahlaufruf der Freien Demokraten*, 13.02.2025. https://gross-umstadt.fdp-hessen.de/aktuelles-thema/wahlaufruf-der-freien-demokraten/ [Letzter Abruf: 14.03.2025].

FDP Rheinbach. 2025. *Wir brauchen Technologieoffenheit und Pragmatismus*, 11.02.2025. https://www.facebook.com/fdprheinbach/posts/pfbid0AmWDWzAnvRTsUKzcawPdnALaMgam7UT1BqYhUDUrqHawLgCvWZo5jj23238TiFmJl [Letzter Abruf: 11.06.2025].

Goßner, Hans-Jürgen. 2025. *Wir wurden verarscht: Deutschland ruiniert sich selbst - für nichts!*, 20.02.2025. https://www.facebook.com/AfDWahlkreisGoeppingen/posts/pfbid02jKCpBEG4kfByF5W4nScgcMdqe6yTnzt6B8ktgbqbW9mbhH2zWrrJv787yDosbaD4l [Letzter Abruf: 18.06.2025].

Holm, Leif-Erik [@holmleiferik]. 2025. *Die grüne Politik hat Autofahrer zum Feindbild erklärt*. 10.02.2025. https://www.instagram.com/p/DF5blxHR36f/ [Letzter Abruf: 18.06.2025].

Höcke, Björn. 2022. *FRIEDEN STATT GRÜN!*, 25.04.2022. https://www.facebook.com/photo/?fbid=653145382775781&set=a.599798818110438 [Letzter Abruf: 28.05.2025].

Junge Liberale JuLis Unterfranken. 2025. *Energiepolitik mit Vernunft statt Verboten!*, 12.02.2025. https://www.facebook.com/1040915434745118 [Letzter Abruf: 07.07.2025].

Lindner, Christian [@c_lindner]. 2025. *„Wirtschaftliche Stagnation, Bevormundung, Heizungschaos durch ideologische Klimapolitik und Verweigerung der Begrenzung der Migration. Alles, was die groß macht, kommt von Ihnen!“*, 11.02.2025. https://x.com/c_lindner/status/1889262144144777641?lang=de [Letzter Abruf: 04.06.2025].

Meister, Michael. 2025. *Für bezahlbare, sichere und saubere Energie! Unser Plan!*, 10.02.2025. https://www.facebook.com/1046305907306158 [Letzter Abruf: 07.07.2025].

Merz, Friedrich. 2025. *#Merzrede beim Wahlkampfabschluss von CDU und CSU in München*, 22.02.2025. www.youtube.com/watch?v=S9GVltbO1-o [Letzter Abruf: 28.05.2025].

Miosga, Caren. 2024. Caren Miosga: Ist mit Ihnen ein Staat zu machen, Frau Wagenknecht? *Caren Miosga*, 08.09.2024, https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1377532.html [Letzter Abruf: 11.06.2025].

Müller, Christian [@ChristianJMlle2]. 2025. *#Linke #Logik – einfach erklärt*, 16.02.2025. https://x.com/ChristianJMlle2/status/1891019682536448233 [Letzter Abruf: 07.07.2025].

Pantel, Sylvia [@SylviaPantel]. 2025. *Freiheit bedeutet Verantwortung – auch für unsere Umwelt*, 19.02.2025. https://x.com/SylviaPantel/status/1892258681175072842 [Letzter Abruf: 11.06.2025].

Rülke, Hans Ulrik [@uliruelke]. 2025. *Am Sonntag FDP wählen*, 21.02.2025. https://www.instagram.com/p/DGVYbF8OWwP/ [Letzter Abruf: 11.06.2025].

Stark-Watzinger, Bettina [@starkwatzinger]. 2025. *Irre: Wegen Rot-Grün bleibt der #Kohleausstieg klimapolitisch wirkungslos*, 20.02.2025. https://x.com/starkwatzinger/status/1892573282647388610 [Letzter Abruf: 18.06.2025].

tagesthemen. 2024. Nach Merz-Äußerung - Union debattiert über Schwarz-Grün. *tagesschau*, 07.02.2024, https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tagesthemen/video-1303376.html [Letzter Abruf: 04.06.2025]



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt